

20. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 23. Januar 2013

Top 7: Jedes Krankenhaus muss Vergewaltigungsoffer medizinisch versorgen. Religiöse Grundsätze dürfen keine Rolle mehr spielen

Eilantrag

Der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 16/1953

Entschließungsantrag

Der Fraktion der SPD

Der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 16/1966

Entschließungsantrag

Der Fraktion der CDU

Drucksache 16/1967

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sicher gehört eine Vergewaltigung zum Schlimmsten, was einer Frau widerfahren kann. Der heute schon mehrfach geschilderte Fall der jungen Frau aus Köln macht mich zutiefst betroffen und traurig. Es darf nicht sein, dass Opfern von Straftaten aus welchen Gründen auch immer in unserem Land eine Behandlung verweigert wird. Gleichwohl muss es erlaubt sein, zu differenzieren.

Ich akzeptiere den Standpunkt katholischer Krankenhäuser, die „Pille danach“ aufgrund einer ethischen Position nicht zu verschreiben. Es ist auch nicht Aufgabe von Politik, zu entscheiden und vorzugeben, welche Kontrazeptiva einzelne Krankenhausträger vorzuhalten und/oder zu

verordnen haben. In keinem Fall akzeptabel ist allerdings die Abweisung einer mutmaßlich vergewaltigten Frau, die in einem Krankenhaus Rat und Hilfe sucht, der es schlecht geht, die medizinisch und vor allen Dingen psychisch betreut werden muss, in einer Klinik, deren Aufgabe neben der medizinischen Versorgung auch die Gewährleistung einer raschen Spurensicherung ist. Denn nur damit kann sichergestellt werden, dass Beweise in einem Gerichtsverfahren auch entsprechend verwertet werden können.

Dies alles ist hier nicht geschehen. Die Kliniken berichten von einem bedauerlichen Kommunikationsfehler.

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die beiden betroffenen Kliniken haben die Patientin um Entschuldigung gebeten. Auch Kardinal Meisner entschuldigte sich gestern öffentlich. Das ist ein erster, wichtiger Schritt.

Die FDP-Fraktion hier im Landtag spricht sich aber klar dagegen aus, die katholische Kirche unter den Verdacht zu stellen, Opfern von Vergewaltigungen generell die Behandlung zu verweigern.

(Beifall von der FDP)

Auch die Staatsanwaltschaft hat bereits entschieden, nicht gegen die betroffenen Kliniken zu ermitteln, da kein Fall unterlassener Hilfeleistung und auch nicht von Strafvereitelung durch Unterlassung vorliege.

Frau Ministerin Steffens ist nun gefordert, das Gespräch mit den betreffenden Kliniken zu suchen und für umfassende Aufklärung zu sorgen. Es gibt in diesem Fall durchaus noch offene Fragen. So muss beispielsweise auch die Frage erlaubt sein, warum sich die Notärztin nach der telefonischen Abweisung durch eine katholische Klinik nicht an eines der vielen Kölner Krankenhäuser wandte, sondern wieder bei einer katholischen Klinik anfragte, die ebenfalls von der Cellitinnen-Stiftung getragen wird.

(Christian Lindner [FDP]: Richtig!)

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Gesundheitsministerium ist nun in der Pflicht, die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen anzuweisen, ihre Verhaltensleitlinien

sowie die Organisations- und Kommunikationsstrukturen zu überprüfen. Das größte Krankenhaus in meinem Heimatkreis – ebenfalls in katholischer Trägerschaft – hat eine solche Überprüfung bereits angekündigt. Vor allem aber muss dafür gesorgt werden, dass sich ein solcher Fall nicht wiederholen kann. Das Schlimmste, was passieren könnte, wäre, dass sich vergewaltigte Frauen nicht mehr trauen, Angst hätten, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen müssen die Gewissheit haben, dass sie in allen Krankenhäusern – egal in welcher Trägerschaft – sofort und ausreichend betreut werden.

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der Piratenfraktion ist der FDP-Landtagsfraktion in Teilen zu vage formuliert. In anderen Teilen greift er zu weit.

Wir haben uns daher nach reiflicher Überlegung entschlossen, uns bei der beantragten Abstimmung zu enthalten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und Josef Hovenjürgen [CDU])

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Steffens.